

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1086

Artikel: Spiessbürger retten die Welt
Autor: Leuzinger, Lukas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Spiessbürger retten die Welt

**Bollwerk gegen den Kommunismus, Hüter der Demokratie:
Das Kleinbürgertum wird sträflich unterschätzt. Eine Ehrenrettung.**

von Lukas Leuzinger

Die Kommunisten standen vor einem Problem. Der von ihnen angestrebten proletarischen Revolution stand ein mächtiges Hindernis im Weg. Und es war nicht das Grosskapital, auf dessen Eigentum an den Produktionsmitteln sie es vor allem abgesehen hatten. Es waren die Kleinbürger: einfache Handwerker, Kleinrentner oder Angestellte, die bei einer breiten Enteignung kaum etwas zu verlieren hatten – aber offenbar doch genug. «In Deutschland bildet das (...) Kleinbürgerthum die eigentliche gesellschaftliche Grundlage der bestehenden Zustände», konstatierten Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im «Kommunistischen Manifest».

Die Abscheu gegenüber dem Kleinbürgertum, dem es entweder an Einsicht oder Solidarität fehlt, den Sturz des kapitalistischen Systems zu unterstützen, ist eine Konstante im kommunistischen Denken. Besonders gegrämt haben dürfte die Berufsrevolutionäre die Tatsache, dass selbst die Arbeiter am kommunistischen Ideal der klassenlosen Gesellschaft weniger interessiert waren als an einem kleinbürgerlichen Leben. Eine Befragung von Kohle- und Stahlarbeitern im Ruhrgebiet 1919 ergab, dass die meisten nicht mehr wünschten als einen anständigen Lohn, Respekt vonseiten des Arbeitgebers und ein eigenes kleines Haus mit Garten. Nicht eben die ideale Grundlage für die proletarische Weltrevolution.

Während Kommunisten die «Spiessbürger» verachten und verspotten, kümmern sich die meisten Politiker heute rührselig um sie – zumindest rhetorisch. In Sonntagsreden loben sie die Bützer und Chrapfer als Rückgrat der Nation. Nur selten jedoch lassen die gleichen Politiker auf die schönen Worte Taten folgen: Das Kleinbürgertum ist die verlorene Klasse der modernen Politik.

Der Wunsch nach Autonomie

Kleinbürger, der untere Teil der Mittelschicht, bestehend aus Selbständigen und Angestellten, oft mit bescheidenem Vermögen in Form einer kleinen Firma oder Wohneigentum, mögen wirtschaftlich wenig besser dastehen als Personen in prekären Arbeitsverhältnissen, besitzen aber eine gewisse Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber grossen Unternehmen wie auch gegenüber dem Staat.

Diese Autonomie ist es, die auch auf die unteren Schichten anziehend wirkt. Das Streben nach und die Verteidigung von

Autonomie kann eine starke Kraft entwickeln. Der Anthropologe James C. Scott beschreibt in «Two Cheers for Anarchy», wie etwa Kleinbauern mit allen Mitteln um den Erhalt ihres trostlosen Stücks Land kämpften, selbst wenn das wirtschaftlich kaum Sinn ergab. Und eine Untersuchung des Ökonomen Hernando de Soto im Nahen Osten und Nordafrika dokumentierte den verzweifelten Kampf von Kleinunternehmern gegen Enteignungen und bürokratische Schikanen. Es ist kein Zufall, dass die Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers am Anfang des «arabischen Frühlings» stand. Das Streben nach persönlicher Autonomie und Würde kann eine ungeahnte politische Energie freisetzen.

Der amerikanischen Revolution ging die Entstehung einer zunehmend stärker und selbstbewusster auftretenden Mittelklasse voraus; auch die russische Revolution wurde massgeblich von Kleinbauern getragen, die auf (mehr) eigenes Land hofften – um dieses ein Jahrzehnt später im bolschewistischen Feldzug gegen die «Kulaken» wieder zu verlieren.

Rückgrat der Zivilgesellschaft

Die ausgeprägte Autonomie beförderte schon früh relativ freie und gleiche Gemeinschaften. Wo im Mittelalter und der frühen Neuzeit feudale Strukturen schwach waren und dominante Zentren mit hoher Machtkonzentration fehlten, etwa in der Eidgenossenschaft, entstanden frühe Formen von Demokratie und Republikanismus, die auf Selbstregierung durch freie, gleichberechtigte Bürger fussten. Die Idee genossenschaftlicher Selbstorganisation lebte im liberalen Bundesstaat fort. Es war dieses Modell, das Friedrich Engels 1850 in einer Schrift über die Schweiz als «kleine bürgerlich-bäuerliche Republik» verspottete, als «ein kleines Tätigkeitsfeld für kleine, bescheidene Leute (...) lauter Mittelstand und Mittelmässigkeit». Für ihn war klar, dass unter solchen Bedingungen nichts Grosses entstehen konnte, schon gar keine Revolution der Arbeiterklasse.

Die Befreiung der Menschen aus der Feudalherrschaft setzte gewaltige ökonomische Kräfte frei, ohne die Industrialisierung und moderner Kapitalismus nicht möglich gewesen wären. Auf den Aufstieg des Bürgertums folgte stets dessen Forderung nach mehr politischer Mitbestimmung. Es ist kein Zufall, dass verschiedene Historiker und Sozialwissenschaftler die Existenz einer

starken Mittelklasse als entscheidend für das Entstehen und die Stabilität einer Demokratie bezeichnet haben.

Gesellschaften mit schwacher Mittelklasse schwanken zwischen Dominanz der Eliten und gewalttätigen Gegenschlägen der Unterschichten. Wer nichts hat, der hat auch nichts zu verlieren. Wer hingegen über eine gewisse Autonomie, Besitz, einen gewissen gesellschaftlichen Status verfügt, hat ein Interesse an einer gesellschaftlichen Ordnung, die diese Dinge schützt und garantiert. Ein starkes und möglichst breites Bürgertum ist daher das Rückgrat sowohl einer lebendigen Zivilgesellschaft, die den Staat unter Kontrolle hält, als auch einer vitalen Demokratie.

Es ist ein Paradox der Demokratie, dass sie Konflikte braucht, um lebendig zu sein, aber Konsens, um zu überleben. Opposition und Nonkonformismus sind essenziell, damit die Behörden im Sinne ihrer Auftraggeber, der Bürger, handeln und rechenschaftspflichtig sind. Doch stets besteht die Gefahr, dass Konflikte in Stammeskriege abdriften, in denen nicht mehr der Wettstreit um das beste Argument im Zentrum steht, sondern die Zugehörigkeit zur «eigenen» Gruppe und der Hass auf die «anderen». Um das Absinken in die Spirale des Tribalismus zu verhindern, braucht es als Gegenkraft die Kompromissbereitschaft. Sie beruht vor allem auf Bürgern, die verantwortungsbewusst sind und etwas zu verlieren haben.

Der amerikanische Gründervater Thomas Jefferson sah im unabhängigen Kleinbauern das Ideal des verantwortungsvollen Bürgers: «Die Bauern sind die wertvollsten Bürger, sie sind die kräftigsten, die unabhängigsten, die tugendhaftesten, und sie sind durch die dauerhaftesten Bande an ihr Land gebunden und mit seiner Freiheit vermählt.» Die fundamentale Idee der Demokratie besteht darin, dass jene entscheiden, die betroffen sind. Kleinbürger haben, was Nassim Nicholas Taleb als «Skin in the Game» bezeichnet. Sie tragen zu einem wesentlichen Teil die Kosten politischer Entscheidungen. Die Unterschichten sind oft abhängig von staatlichen Leistungen, zahlen aber wenig Steuern. Die Oberschichten auf der anderen Seite zahlen viel Steuern, verfügen aber auch über eine beträchtliche politische Macht, verbunden mit der Verlockung, diese zum eigenen Vorteil zu nutzen; Ökonomen sprechen von «Crony Capitalism». Das Bürgertum hingegen finanziert den Staat, hat aber kaum Möglichkeiten, ihn für seine persönlichen Zwecke einzuspannen. Der Mittelstand steht nach staatlicher Umverteilung oft nicht viel besser oder sogar schlechter da als die tiefsten Einkommensschichten. Er hat deshalb das grösste Interesse an einem verantwortungsvollen Einsatz staatlicher Mittel und Macht.

Abnehmende soziale Mobilität

Dieses Interesse wird allerdings untergraben, wenn Klassengrenzen zu starr und undurchlässig werden. Wenn untere Einkommensschichten gute Aussichten auf wirtschaftlichen Aufstieg haben, werden sie weniger Interesse an hoher Steuerlast oder Verschuldung haben, auch wenn sie im Moment nicht die hauptsächlichen Träger der Kosten sind. Haben sie hingegen geringe

«Der Mittelstand steht nach staatlicher Umverteilung oft nicht viel besser oder sogar schlechter da als die tiefsten Einkommensschichten.»

Lukas Leuzinger

Chancen auf Verbesserungen, können sie sich auch gleich auf staatliche Transfers verlassen. Auch haben sie in dieser Situation mehr Grund für Groll gegenüber den oberen Schichten – und für gewalttätige Proteste. Die Mittelschicht stösst ihrerseits an zunehmend harte Grenzen für den wirtschaftlichen Aufstieg. Während die Reichsten sich abkapseln, stecken die Angehörigen der Mittelschicht fest und können ihren Kindern keine Aussicht oder Chance auf eine Verbesserung bieten.

Eine abnehmende soziale Mobilität bedroht die Mittelklasse – und mit ihr die Demokratie. Dass die Oberschicht wenig Interesse hat an sozialer Mobilität, ist selbsterklärend. Nicht zufällig befürworten erstaunlich viele Tech-Oligarchen ein bedingungsloses Grundeinkommen. Ein solches macht sowohl die Unterschichten als auch die Mittelklasse dauerhaft von staatlichen Transfers abhängig. Doch es führt auch zu einer abnehmenden gesellschaftlichen Dynamik, was letztlich in niemandes Interesse sein kann. Ein Grundeinkommen mag gut gemeint sein. Aber wäre einem prekär Angestellten nicht mehr geholfen, wenn ihm der Aufstieg ins Bürgertum erleichtert würde – etwa durch eine tiefere Steuerbelastung oder bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten –, als durch ein schuldenfinanziertes Grundeinkommen?

In der jüngeren Vergangenheit haben Angriffe auf die demokratischen Errungenschaften der westlichen Welt zugenommen. Verzweifelt suchten Intellektuelle im Elfenbeinturm nach einem Gegenmittel. Wie lässt sich die Demokratie retten? Die Antwort finden wir nicht in den Universitäten, sondern den Schreinerstuben dieser Welt. Der Traum von Autonomie, (Selbst-)Verantwortung und Respekt – kurz: der Traum von einer bürgerlichen Existenz – ist stark und wertvoll. Ihn am Leben zu erhalten, ist das beste Mittel gegen die Feinde von Freiheit und Demokratie. ◀

Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift.